



Deutscher Verband für Wohnungswesen,  
Städtebau und Raumordnung e.V.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Regionen stärken

**Chancengleichheit** Die neue Bundesregierung will den wachsenden Unterschieden zwischen den Regionen begegnen. Dazu braucht es einen differenzierten Blick, die Stärkung der Stadt-Land-Zusammenarbeit und eine wirklich ausgleichsorientierte Entwicklungspolitik.

[www.deutscher-verband.org](http://www.deutscher-verband.org)



Maßnahmen, um den Zusammenhalt der Regionen zu stärken, fordert der DV-Präsident.

**D**ynamische Wachstumsräume und strukturschwache Entleerungsregionen entwickeln sich immer mehr auseinander. Dies zeigt sich unter anderem beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen sowie bei der Infrastrukturausstattung und der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Politik hat dieses Problem erkannt und Chancengleichheit im Koalitionsvertrag verankert: Sie möchte die kommunale Finanzierungsbasis stärken, entlastende Programme wie die Städtebauförderung fortführen und bedarfsgerecht anpassen sowie gleichwertige Lebensverhältnisse mit einem neuen gesamtdeutschen Fördersystem unterstützen. Eine Kommission soll Vorschläge zu Daseinsvorsorge und Strukturveränderungen erarbeiten – dazu zählen auch „Hilfe zur Selbsthilfe“ und die Altschuldenproblematik kommunaler Wohnungsunternehmen.

**KLEINSTÄDTE FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT WICHTIG** In der Fachöffentlichkeit steigt das Bewusstsein dafür, welche Bedeutung Klein- und Mittelstädte in ländlichen Regionen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit haben. Erforderlich ist jedoch ein differenzierter Blick: Prosperierende Teilräume von Metropolregionen sowie traditionell wirtschaftsstarke Regionen mit einem Netz dynamischer Klein- und Mittelstädte stehen peripheren Räumen gegenüber. Im näheren und weiteren Umland von Metropolen belegen steigende Mieten und Immobilienpreise ein teils unerwartetes Wachstum: Für die Stadt Eberswalde im Norden Berlins wurde noch vor wenigen Jahren mit einer Einwohnerzahl von knapp 37.000 für das Jahr 2020 gerechnet. Aktuell wohnen dort bei steigender Tendenz schon deutlich über 41.000 Menschen. Auf der anderen Seite stehen viele zentrumsferne ländliche Gebiete und Grenzregionen vor dem Problem einer negativen demografischen Entwicklung. Knappe öffentliche Haushalte verstärken dabei die Problemlage.

Die wichtigsten „Schmiermittel“ zur Lösung des Problems heißen Erreichbarkeit und Mobilität. Die Anbindung von abgelegenen Gebieten ist daher ein zentrales Anliegen des Interreg-Projektes Peripheral Access. Darin arbeitet der Deutsche Verband derzeit gemeinsam mit europäischen Partnern an einer Verbesserung der Mobilität in diesen Regionen. Neben innovativen Mobilitätsdienstleistungen sind interkommunale Zusammenarbeit und Stadt-Land-Partnerschaften entscheidend. Damit lassen sich Standortvorteile von strukturschwachen Regionen neu bewerten.

Damit solche Maßnahmen langfristig Wirkung zeigen, muss jedoch in EU, Bund und Ländern ein Politikansatz verstetigt werden, der auf Chancengleichheit setzt. Die EU-Mitgliedstaaten hatten das Ziel des räumlichen Ausgleichs bereits 2007 in der „Territorialen Agenda der EU“ festgehalten. Die darin formulierten Leitbilder müssen in Zukunft wieder stärker ihren Niederschlag in Fachpolitiken und Förderinstrumenten finden. Dies gilt sowohl für die europäische Strukturförderung als auch für die nationale Förderpolitik und Raumordnung. Strukturpolitik darf sich nicht auf Innovations- und Wirtschaftsförderung einengen. Vielmehr sollte es darum gehen, die Unterschiede zwischen den Regionen mit integrierten Maßnahmen abzubauen und den Zusammenhalt zu stärken.

Die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen ist dem Deutschen Verband ein wichtiges Anliegen, mit dem er sich bei seiner Jahrestagung am 6. Juni 2018 in Berlin auseinandersetzen wird. Auch künftig wird er dieses Feld konstruktiv begleiten. «

Dr. Jürgen Heyer, Präsident des Deutschen Verbands